

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/03/2006  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Dienstag, 23.05.2006  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Mitteilungen
2. Berichterstattung ARGE Hagen
3. Vorschlag der CDU-Fraktion  
Hier: Mehrgenerationenhaus für Hagen, Konzeption und Fördermittel  
Vorlage:0174/2006 - Erste Ergebnisse -
4. Antrag der SPD-Fraktion  
Hier: Empfehlungen für die Errichtung teil- und vollstationärer Einrichtungen der Altenpflege in Hagen - Zweite Lesung -
5. Mündlicher Bericht über die Fachtagung ' Medizinische Versorgung Wohnungsloser in Hagen'
6. Geschäftsbericht 2005 für den Fachbereich Jugend & Soziales  
Vorlage: 0450/2006
7. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere  
hier Jahresberichte 2005  
Vorlage: 0457/2006
8. XXI. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Übergangsheimen der Stadt Hagen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime vom 25. April 1986 und Bericht über die Unterbringungssituation in den Übergangsheimen der Stadt Hagen  
Vorlage: 0385/2006



9. Haushaltskonsolidierung - 5. Bericht zum Rückführungsmanagement für abgelehnte Asylbewerber  
Vorlage: 0451/2006
10. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung



## B. SITZUNGSVERLAUF

---

### I. Öffentlicher Teil

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### 1. Mitteilungen

Herr Steuber informiert den Ausschuss über eine Vorlage, die am 11. 05.06 im Rat beschlossen worden sei. Diese habe bisher nicht auf der Tagesordnung im Sozialausschuss gestanden. Es gehe um das Thema „Ausfall von Landesmitteln für die Betreuung von suchtkranken Insassen der JVA“. Die Situation stelle sich so dar, dass ein Landeszuschuss, den man bisher erhalten habe, zum 01.04.06 weggefallen sei. Es handele sich um einen jährlichen Betrag von rund 20.000 €. Man habe eine Kooperationsvereinbarung mit der JVA gehabt. Diese Arbeit könne nun nicht weitergeführt werden. Man habe versucht, aus einem sogenannten „Feuerwehrtopf“ der Justizministerin Geld zu erhalten. Leider seien diese Bemühungen bislang erfolglos geblieben. Man habe aber jetzt von der Stadt Gevelsberg ein Angebot erhalten, im Umfang von rund 16.000 € eine besondere Aufgabenstellung für die Stadt Gevelsberg wahrzunehmen und zwar die Betreuung von SGB II-Klienten, die Drogenproblematiken hätten. Der Rat habe bereits beschlossen, für den Rest, der nicht refinanziert sei, für die eigenen SGB II-Kunden eine Intensivierung dieser integrativen Leistungen in Hagen vorzunehmen. Die Mitarbeit in dieser Stelle sei somit weiterhin voll gesichert.

Herr Dr. Schmidt berichtet, das Bildungszentrum des Einzelhandels und das Diakonische Werk hätten die Stadt darüber informiert, dass Maßnahmen im Bereich der berufsbildenden Weiterbildung/ Berufsvorbereitung, die durch die Bundesagentur seit zwei oder drei Jahren ausgeschrieben worden seien, nicht mehr an diese Organisationen im nächsten Jahr vergeben würden, sondern an eine auswärtige Organisation. Dadurch seien in diesem Bereich bis zu 100 Arbeitsplätzen gefährdet. Man bitte dringend um Hilfe. Der Trend sei wohl, dass diese Maßnahmen an den preisgünstigsten Anbieter vergeben würden. Die Stadt sei in der Pflicht, die Diskussion mit den Verbänden zu führen.

Frau Machatschek stellt fest, dass dies eine wenig erfreuliche Entwicklung sei. Sie bittet um schnelle Kontaktaufnahme, damit man zu einer guten Regelung käme. Man könne es nicht zulassen, dass qualitativ gute Bildungseinrichtungen vor Ort nicht mehr in Anspruch genommen würden.

Frau Hermesmann informiert darüber, dass das Netzwerk Demenz, das von Frau Peters geleitet werde, heute in der Stadt eine Veranstaltung habe. Auf dem Adolf-Nassau-Platz stehe ein Bus, in dem Informationen für Demenzkranke erhältlich seien. Sie weist darauf hin, wie wichtig es sei, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, weil dieses Problem in unserer Stadt auf dem Vormarsch sei.



## 2. Berichterstattung ARGE Hagen

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Rumberg erklärt, er habe zu dem Thema eine Tischvorlage mit wesentlichen Daten zur Arbeit der Arge vorbereitet. Diesmal habe er den Focus darauf gerichtet, wie sich eigentlich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften entwickle. Im Folgenden erläutert Herr Rumberg die Vorlage eingehend.

Herr Dr. Schmidt möchte die Ausführungen von Herrn Rumberg dahingehend ergänzen, was die Wirksamkeit von Arbeitsgelegenheiten in Richtung Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt angehe, sei man gar nicht weit voneinander entfernt. Dieses Problem sei nur gemeinschaftlich in den Griff zu kriegen und man brauche Zeit dafür.

Der aktuelle Streitpunkt zwischen der Stadt Hagen und der Bundesagentur liege in der aktuellen Situation nicht nur des städtischen Trägers, sondern auch anderer Träger, die in ernsthafte Liquiditätsschwierigkeiten geraten seien. Ein Grund hierfür liege darin, dass viele Maßnahmen zum 31.01. im Bereich der Arbeitsgelegenheiten ausgelaufen seien und die Nachbesetzung konnte nicht so erfolgen, wie es nötig gewesen sei.

Die Stadt Hagen vermute, dass auch mit großer Anstrengung bis zum Jahresende diese Zahlen, die mit der Trägergemeinschaft vereinbart worden seien, nicht erreicht werden könnten. Das liege aber nur zum Teil an der Zuweisungspraxis, sondern zum großen Teil auch daran, dass man, übertrieben gesagt, fünf Leute schicken müsse, damit einer an dem Platz bleibe. Es handele sich hier um ein schwieriges Klientel.

Im Bereich des Elektronikschrotts habe man sich nicht auf eine Zahl einigen können, die der Stadt angemessen erschienen sei. Auch hier sei die Planung des Werkhofes durcheinandergeraten. Die Träger hätten sich auf eine bestimmte Größenordnung von Arbeitsgelegenheiten eingestellt, Personal und Infrastruktur vorgehalten, so dass er die Auffassung vertrete, dass aus dem Etat der Arge die Overheadkosten bezahlt werden müssten. Die Träger hätten sich auf die Belegung der offenen Stellen verlassen.

Zweiter Komplex der Gespräche sei das Thema der Unbedenklichkeitsbescheinigungen gewesen. Dazu habe Herr Rumberg auch ein paar Zahlen genannt. Herr Dr. Schmidt vertritt die Auffassung, dass der Sozialausschuss hier über ein paar Differenzen informiert werden solle.

Frau Machatschek spricht die Abbruchquote von 35 % bei den Teilnehmern und Teilnehmerinnen von Arbeitsgelegenheiten an und zeigt sich darüber erschüttert.

Sie möchte wissen, warum man diese Arbeitsgelegenheiten nicht gezielter nutze für diejenigen, die eine Berufsperspektive suchten. Sie möchte wissen, was mit den Leuten passiere, die sich verweigerten. Für dieses Klientel seien Arbeitsgelegenheiten doch auch ein ganz wichtiges Instrument.



Herr Strüwer glaubt, dass man sich davon lösen müsse, dass Arbeitsgelegenheiten grundsätzlich auch eine höhere Effizienz haben müssten, in den ersten Arbeitsmarkt übertragen werden zu können. In den sozialen Strukturen, in denen wir derzeit wirtschaftlich lebten, sei es außergewöhnlich schwierig. Die im Rahmen von Hartz IV aufgebrachte Diskussion über „fordern und fördern“ habe doch zum Ausdruck gebracht, dass es derzeit eine Menge Arbeit gebe, die nicht geleistet werden könne, weil dafür keine Menschen zur Verfügung stünden bzw. diese nicht finanzierbar seien. Unter dem Gesichtspunkt sehe er auch in den Arbeitsgelegenheiten eine außergewöhnlich gute Chance für die Gesellschaft und die Betroffenen. Er verstehe nicht, dass man angesichts dieser großen Zahl von Bedarfsgemeinschaften offensichtlich nicht in der Lage sei, den Trägern, die sich vorbildlich engagierten, entsprechende Zuweisungen zu machen. Er wünschte sich von der Arge, dass die bestehenden aktuellen Probleme hier im Sozialausschuss intensiver vorgestellt würden. Auch er möchte wissen, was mit den Leuten passiere, die die Arbeit abbrächen. Wie hoch sei die Quote derjenigen, die dann auch mit Leistungskürzungen zu leben hätten.

Herr Mervelskemper möchte darauf hinweisen, dass es eigentlich darum ginge, Menschen in Arbeit zu vermitteln. Das Problem sei, dass man diese Arbeitsstellen nicht habe. Die Stadt Hagen könne keine Arbeitsstellen schaffen. Man sei dringend darauf angewiesen, dass dies in der Wirtschaft geschehe. Das täte es jedoch nicht in dem Maße, in dem man es sich vorstelle. Daher müßten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden und dazu gehörten auch die 1 Euro-Jobs. Er glaube nicht, dass man durch die Kombilohnmodelle viel mehr Menschen in Arbeit bringen könne, weil diese Arbeitsplatznachfrage in der freien Wirtschaft nicht bestehe.

Herr Dücker unterstreicht das, was seine Vorredner gesagt hätten. Die eigentliche Problematik liege in der Unbedenklichkeitsbescheinigung für die Arbeitsgelegenheiten. Hier gebe es sicher große Meinungsunterschiede. Er hätte gern die Abbrecherquote näher definiert. Wieviel Prozent seien gesundheitliche Gründe und wieviel fachliche Gründe. Wie reagiere die Arge darauf.

Bezüglich der Kombilohnmodelle gebe er Herrn Mervelskemper Recht. Von der kommunalen Seite habe man wenig Mittel, da etwas bewirken zu können. Forciert werden müsse eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Arge.

Herr Halbeisen möchte aus der Diskussion zwei Aspekte herausgreifen. Er hält die Vision des SGB II, mit fordern und fördern die 4,5 Millionen Arbeitslosen in Arbeit zu bringen, für eine Fiktion. Dies werde so nicht stattfinden, weil die regulär bezahlten Arbeitsplätze nicht da seien. Die Frage stelle sich, wie man den Arbeitslosengeld II - Berechtigten Beschäftigung anbieten könne. Was fehle, seien gesetzliche Regularien für einen stabilisierten zweiten Arbeitsmarkt. Bezüglich der angesprochenen Problematik mit dem Werkhof im Zusammenhang mit dem Recycling von Elektroschrott ist er der Meinung, dass es wichtig sei, dies wenigstens in diesem Jahr fortzuführen. Auf Dauer sei es eine bedenkliche Sache, eine neue Branche aufzumachen, in dem Bewußtsein, dass die öffentliche Hand quasi mit Sozialgeld einen gewerblichen Teil von Arbeit subventioniere. Hier müsse sich in den nächsten Jahren etwas verändern.



Herr Rumberg nimmt Stellung zu der hohen Abbrecherquote. Unentschuldigtes Fernbleiben von einer Maßnahme würde sanktioniert. Es gebe auffällig viele dauerhafte Arbeitsunfähigkeiten.

Für die Arbeitsgelegenheiten gebe es eine feste jahresbezogene Planung. Dies sei von der Arge beplant und im Wesentlichen bewilligt. Was noch ausstehe, seien einige Maßnahmen für Jugendliche. Das bedeute, das alles, was im Eingliederungstitel zur Verfügung stehe, verplant sei. Er teilt die Einschätzung, dass es schwierig werde, diese Plätze auch zu besetzen. Die Arge werde, um einen Platz zu besetzen, mehrfach zuweisen müssen.

Er ist der Meinung, dass die Kombilohnmodelle probiert werden sollten. Allein von den Mitteln her, die man zur Verfügung hätte, könne man gar nicht viel Kombilohn anbieten.

Kombilohn würde 2006 auch nicht das, was an AGH-Planung da sei, ersetzen. Nach der Auswertung von 2005 sähe es so aus, dass es nicht die erwartete Effektivität gebe, die der Gesetzgeber sich versprochen habe.

Zum Thema Unbedenklichkeitsbescheinigungen erklärt Herr Rumberg, man habe mit diesen gearbeitet. Man habe jetzt im Beirat über ein Verfahren gesprochen, das er im Folgenden näher erläutere.

Herr Haensel erinnert sich daran, dass man sich anfangs gefragt habe, was denn ein Netzwerk von Trägern tragen könne, wieviel Plätze denn hier zur Verfügung gestellt werden könnten. Damals seien Zielzahlen definiert worden, die anfangs allen sehr hoch erschienen seien. Die Träger hätten sich entsprechend weiterentwickelt. Wenn man sich in eine bestimmte Struktur hineinwickle, sei es so, dass man auch ein gewisses wirtschaftliches Risiko für sein Unternehmen zu verzeichnen habe. Daraus könne man den Trägern jetzt keinen Strick drehen, sondern man müsse sich gemeinsam hinsetzen, um zu überlegen, wie es gelingen könne, zukünftig diese Dinge zu stabilisieren. Er bittet abschließend, dass die Zielvorstellungen so transparent und klar strukturiert sein müssten, dass die Träger, die das Ganze mittragen sollten, auf lange Sicht ein verlässlicher Partner sein könnten.

Herr Dr. Schmidt greift den letzten Punkt auf und weist darauf hin, dass man im letzten Jahr die Planung für 2006 mit dem Beirat und den Trägern besprochen hätte. Erst dann sei man in die Trägerversammlung gegangen. Im Folgenden geht Herr Dr. Schmidt näher auf den ersten Arbeitsmarkt und die vorliegenden Auswertungen ein.

Herr Strüwer gibt zu, dass man im Moment seitens der Politik ungehalten sei angesichts der Dinge, die sich derzeit ganz konkret abzeichneten. Zum Thema Elektroschrott wendet er sich an Herrn Halbeisen und stellt fest, es gebe derzeit keine alternativen Marktzeichen, wo sich Firmen des ersten Arbeitsmarktes engagieren würden. Bildröhren werde es in wenigen Jahren gar nicht mehr geben. Wenn man marktorientiert arbeite, könne man auch Schrott exportieren. Dort werde dann unter Bedingungen entsorgt, die man gerade nicht wolle. Er hält es für eine Farce, dass man in Hagen, wo es genügend Arbeit in diesem Bereich gebe, keine Unbedenklichkeitsbescheinigungen im gewünschten Maße ausstelle. Das sei absurd und müsse auch mal so gesagt werden. Er hielte es für dringend erforderlich, dass die Arge sich ihrer



Verantwortung in diesem Bereich bewußt werde. Ansonsten werde man zukünftig zu den gleichen Bedingungen recyceln, allerdings nicht in Hagen, sondern in den Nachbargemeinden.

Bezüglich der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen möchte Herr Strüwer wissen, ob auch die Möglichkeit bestünde, Amtsärzte einzusetzen, um andere Formen der Überprüfung wahrzunehmen.

Weiterhin möchte er wissen, wie es mit den Unbedenklichkeitsbescheinigungen aussähe, die von der Arge zu treffen seien.

Herr Rumberg erwidert, dass über die Bewilligung einer Arbeitsgelegenheit die Arge nach pflichtgemäßen Ermäßigung entscheiden würde. Wenn die Möglichkeit der Wettbewerbsverzerrung bestehe, hole sich die Arge eine entsprechende Stellungnahme der jeweiligen Kammer ein. Diese Stellungnahme sei Gegenstand der Entscheidung, die die Arge treffe.

Er wünsche sich in Richtung Werkhof, zu versuchen, diesen Bereich des Recyclings, wie ihn der Werkhof mache, dahingehend zu verändern, dass mit Mitteln des Landes ein Kombilohnmodell geschaffen werde. Das sei aus seiner Sicht innovativ. Man müsse in der Diskussion auch mal neue Wege gehen. Er wünsche sich, dass es eine Lösung in Richtung sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit dem Träger gebe.

Frau Machatschek merkt dazu an, dass dies ja alles noch Zukunftsmusik sei. Man habe den Werkhof hier in den Focus genommen. Man spreche aber auch vom Trägerverbund. Dort seien auch ganz kleine Träger vertreten, die ganz große Schwierigkeiten in ihrer Planungssicherheit hätten. Auf die Diskussion, die hier und heute stattgefunden habe, müsse die Arge für 2006 reagieren. Bezüglich der Unbedenklichkeitsbescheinigungen teilt sie mit, es gebe seitdem es Hartz IV gebe, eine Vereinbarung, die sogenannte „Düsseldorfer Vereinbarung“, in der alle Verbände und Städtetag vereinbart hätten, wie man auch mit den Arbeitsgelegenheiten umgehe. Es liege in der Tat in der Verantwortung der Arge zu entscheiden. Die Arge sei legitimiert, aufgrund dieser Vereinbarung selbst Entscheidungen treffen zu können.

Gerichtet an Herrn Rumberg würde sie sich für den nächsten Vortrag in einem Vierteljahr wünschen, in dem Zahlenmaterial diese aktuellen Dinge, die in der Arge Thema seien, in den Sozialausschuss zu bringen, damit man sie hier behandeln könne.

Herr Dücker unterstützt den gemachten Vorschlag von Herrn Rumberg. Es könne jedoch nicht sein, dass man in diesem Jahr die Recourcen, die sich z.B. im Werkhof aufgebaut hätten, eintrocknen ließe. Er sei dankbar, wenn man so flexibel sei und zu einer Übergangslösung käme.

Herr Steuber ist auch der Meinung, dass der richtige Ansatz von Herrn Rumberg angesprochen worden sei, sich auch für die Moderation des Planungsprozesses in Hagen externer Hilfe zu bedienen. Es sei eine unangenehme Situation, in der alle Beteiligten sich mittlerweile befänden. Es gebe allerdings gesellschaftliche Mehrwerte, die durch die Träger durch ihre Arbeit geschaffen würden. Wenn jetzt in diesem Jahr solche Dinge von der Bildfläche verschwänden, sei das auch ein großer Nachteil für die Hagener Bevölkerung. Es müsse ein



Weg gefunden werden, dass das, was sich über einen längeren Zeitraum aufgebaut habe, so erhalten werden könne, dass es nicht vollständig zerstört würde.

Herr Weber richtet sich an Herrn Strüwer im Hinblick auf seine Frage der Möglichkeit, Amtsärzte mit in die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit einzubeziehen. Es könne nicht sein, dass alle unter Generalverdacht gestellt würden.

Frau Machtschek stellt fest, dass eine solche Möglichkeit nicht bestünde. Das hielte sie auch nicht für richtig.

Herr Dr. Schmidt äußert seine Verwunderung in Richtung von Herrn Rumberg im Hinblick darauf, dass man ihm in den letzten acht Wochen mehrfach erklärt habe, dass die Zeitverzögerung von ein oder zwei Wochen dazu führen würde, dass es den einen oder anderen Träger dann nicht mehr geben werde, da diese dann Insolvenz anmelden müssten. Wenn die Stadt hier beim Werkhof nicht eingesprungen sei, sei der Werkhof genau in dieser Situation gewesen. Wie man da von „Dellen“ reden könne, sei ihm völlig unverständlich. Er habe auch eine konkrete Frage gestellt, den Trägern die Overheadkosten vorab zu zahlen. Er möchte wissen, ob es dazu nun einen Stand der Dinge gebe, den Herr Herbold den Fraktionsvorsitzenden am 13. 06. 06 vermitteln könne.

Frau Timm-Bergs wundert sich über das Erstaunen von Herrn Rumberg bezüglich der finanziellen Möglichkeiten der Träger. Er spräche die ganze Zeit von Bewilligungen. Ihres Erachtens sei es doch so, dass Bewilligungen nicht gleichzusetzen seien mit der Overheadpauschale. Die würde doch sicher erst dann bezahlt, wenn die Teilnehmer auch dort ankämen. Würde die Overheadpauschale auch für den Zeitraum bezahlt, in dem die Teilnehmer eine Bewilligungspauschale vorlegten.

Herr Rumberg erläutert das Verfahren.

Frau Machatschek möchte an das anknüpfen, was Herr Haensel gesagt habe, dass die Kommunikation zwischen den Trägern und der Arge nach einer gewissen Anlaufphase nun besser klappe. Nachdem sie die Jahresberichte der Verbände gelesen habe, hätten doch zwei Träger Kommunikationsschwierigkeiten mit der Arge, . Zum einen handele es sich um die Einrichtung der AWO Wohnraumsichernde Hilfe und auf der anderen Seite die Schwangeren- und Konfliktberatung. Das fände sie bedauerlich. Problematisch sei in diesem Bereich die unterschiedliche Bewilligungspraxis der einzelnen Sachbearbeiterinnen. Erstrebenswert wäre eine Regelung, die sowohl den Frauen, als auch den Sachbearbeiterinnen mehr Klarheit und Sicherheit geben würde. Das wolle sie den Ausschussmitgliedern so mit auf den Weg geben.

Frau Küper dankt für den Hinweis. Sie habe in der letzten Woche noch mit den Kolleginnen von der Schwangerschaftskonfliktberatung zusammengesessen. Man habe dort einen Ansprechpartner benannt. Man sei in der Vergangenheit davon ausgegangen, dass es solche Probleme nicht gebe. Sie bietet an, sich bei Problemen an sie zu wenden. Sie werde dann die entsprechenden Kontakte herstellen. Generelle Richtlinien an dieser Stelle seien immer ein wenig ermes-





senshemmend. Man versuche das gerade in dem Bereich ein wenig zurückzufahren, weil nichts überregelt werden solle.

Herr Steuber ergänzt, dass für diesen Fall die Stadt Hagen zuständig sei, eine Regelung zu erlassen und die Stadt Hagen mache nicht so viele Regelungen. Man stimme das mit der Arge gemeinsam ab.

Frau Machatschek stellt fest, dass für die Einrichtungen Klarheit herrschen müsse.

Sie bedankt sich bei Herrn Rumberg und Frau Küper für den Vortrag und wünscht weiterhin alles Gute.

**3. Vorschlag der CDU-Fraktion**  
**Hier: Mehrgenerationenhaus für Hagen, Konzeption und Fördermittel**  
**Vorlage:0174/2006 - Erste Ergebnisse -**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass noch keine Erkenntnisse vorlägen. Es sollten die Ergebnisse abgewartet werden, die sich aus einer Tagung in Berlin ergeben, zu der die Familienministerin eingeladen hätte. Er bäte aus diesem Grund, diesen Tagesordnungspunkt erst in der nächsten Sitzung zu behandeln.

**4. Antrag der SPD-Fraktion**  
**Hier: Empfehlungen für die Errichtung teil- und vollstationärer Einrichtungen der Altenpflege in Hagen - Zweite Lesung -**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kurte hält den Antrag für förderungswürdig. Man habe sich nur gefragt, ob man die Forderungen durchsetzen könne. Könne man das von der Politik aus bestimmen.

Herr Steuber verweist in diesem Zusammenhang auf das Landespflegegesetz und die einschlägigen Rechtsverordnungen, die dazu ergangen seien, dass die Kommunen sich in der Rolle des Marktbeobachters befänden. Die Kommune habe keine Steuerungsfunktion mehr. Nach der allgemeinen Förderpflegeverordnung sei es so, dass die geplanten Maßnahmen in der Planungsphase



mit dem örtlichen Sozialhilfeträger abgestimmt werden sollten. Ein Investor könne jedoch sagen, dass diese Empfehlung für ihn nicht bindend sei. Es würde allerdings vielleicht die Position der Kommune stärken, wenn es insgesamt darüber einen politischen Konsens gebe.

Herr Mervelskemper ist der Meinung, dass es Aufgabe des Sozialausschusses sei, nach außen hin zu dokumentieren, wie seine Position sei, wenn es darum gehe, Altenpflegeheime in Hagen zu errichten. Der Beschluss solle mit Empfehlungscharakter an die anderen Gremien der Stadt weitergegeben werden.

Frau Kurte erklärt im Namen ihrer Fraktion, dass dieser Empfehlung/ Resolution zugestimmt werden solle.

Herr Dücker bedauert, widersprechen zu müssen. Diese Resolution habe dann aber nur deklaratorischen Wert. Wenn ein Investor eine bestimmte Sache durchsetzen wolle, würde er sie durchsetzen können. Irgendwann werde man auf diesem Gebiet im Heimsektor auch mal Insolvenzen haben. Er sähe keinen Sinn darin, eine solche Resolution zu beschließen.

Herr Halbeisen macht nochmal deutlich, dass es Intention des Sozialausschusses sei, mit einem solchen Papier seine Ansicht zur Planungsqualität darzulegen. Dieser Position könne er sich anschließen.

Herr Brüggemann legt dar, dass er den Ausführungen von Herrn Steuber und Herrn Dücker rein rational folgen könne. Er hält den Zeitpunkt, an dem dieses Papier auf dem Tisch liege, für überholt. Mit den Vorhaben, die zur Zeit in der Planung seien, sei das Ende der Fahnenstange erreicht. Nichtsdestotrotz sei dieser Antrag völlig unschädlich, in alle Richtungen förderlich und von positiver Wahrnehmung. Daher bitte er um Abstimmung und er sei für den Antrag.

Frau Machatschek stellt den Antrag zur Abstimmung.

## **Beschluss:**

Teil- und vollstationäre Einrichtungen der Altenpflege sind bereits in der Planungsphase mit dem zuständigen örtlichen Träger der Sozialhilfe abzustimmen. Bei dieser Abstimmung sind folgende Empfehlungen anzuwenden:

1. Die gesetzlich vorgeschriebene Größe von 80 Plätzen, davon 80% in Einzelzimmern, muss eingehalten werden.
2. Alle Wohnquartiere in der Stadt sind zu berücksichtigen, d.h. dezentrale Angebote sind vorzuhalten.
3. Die Einrichtung muss mit dem ÖPNV problemlos erreichbar sein.



4. Bewohnerinnen und Bewohner mit Gehhilfen und Rollstühlen müssen das direkte Umfeld selbständig und eigenverantwortlich erkunden können.
5. Der Träger der Einrichtung legt der Fachverwaltung ein Konzept über inhaltliche Schwerpunkte vor.
6. Pflegekonferenz, Seniorenbeirat, Bezirksvertretung, Stadtentwicklungsausschuss und Sozialausschuss sind zu beteiligen.

### Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: 1

## 5. Mündlicher Bericht über die Fachtagung ' Medizinische Versorgung Wohnungsloser in Hagen'

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Stüwe berichtet über die Fachtagung „Medizinische Versorgung Wohnungsloser in Hagen“.

Herr Mervelskemper möchte wissen, ob die behandelnden Ärzte dann in der Lage seien, auch Arzneimittel zu verschreiben. Heute habe man ja die Situation, dass die benötigten Arzneimittel größtenteils von Spenden abhängig seien. Das sei ja schon ein erheblicher Vorteil, wenn das in Hagen so ermöglicht werden könnte.

Herr Stüwe erklärt, dass sich das Problem von Verschreibung von Medikamenten vor allen Dingen für die Ärztinnen des Gesundheitsamtes stelle, die dort tätig seien, weil diese keine Ermächtigung durch die kassenärztliche Vereinigung hätten. Die Situation stelle sich in Luthers Waschsalon etwas anders dar, dort bestehe dieses Problem nicht. Es sei jedoch von den kassenärztlichen Vereinigungen zugesagt worden, dass wenn man einen solchen Vertrag schließe, dass dann auch entsprechende Ermächtigungen erteilt würden.



Frau Machatschek stellt fest, dass diese Thematik in der Arbeitsgruppe weiterbearbeitet würde und sie gehe davon aus, dass dem Sozialausschuss darüber berichtet werde

**6. Geschäftsbericht 2005 für den Fachbereich Jugend & Soziales  
Vorlage: 0450/2006**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Dücker beantragt, den Geschäftsbericht als erste Lesung zu betrachten.

Herr Steuber greift einige Aufgabenfelder aus dem Bericht auf und erläutert diese näher.

Herr Dr. Brauers geht näher auf den Themenbereich der Konsolidierung ein.

Herr Halbeisen möchte wissen, ob das Einsparvolumen für 2005 dadurch erreicht werden konnte, dass durch die Umstrukturierung Arge Geld in die Kassen gespült worden sei.

Herr Dr. Brauers erklärt, dass die Effekte, die die Arge eingespielt habe, noch nicht sauber definiert worden seien. Das seien Effekte, die im Wesentlichen nicht aus der Zusammenlegung resultierten.

Herr Mervelskemper erklärt, dass er schockiert sei über das Einsparvolumen für die Jahre 2006/2007. Wenn er sich vorstelle, dass die Probleme im Sozialbereich ja eher größer würden, stelle er sich die Frage, ob man sich das überhaupt politisch erlauben könne, diese Zuschüsse an Verbände immer weiter zurückzufahren. Der Sozialausschuss habe die Aufgabe, darauf zu achten, dass die dringende Substanz, die notwendig sei, nicht zerstört werde.

Herr Halbeisen und Herr Haensel stellen ihre Fragen bis zur nächsten Sitzung zurück.

**Beschluss:**

Der Geschäftsbericht 2005 für den Fachbereich Jugend und Soziales wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen



**7. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere  
hier Jahresberichte 2005  
Vorlage: 0457/2006**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Machatschek stellt fest, dass auch dieser Bericht in der heutigen Sitzung als erste Lesung betrachtet werden solle.

Frau Kurte stellt eine Frage zu dem Zuschuss für die Schuldnerberatung des Diakonischen Werkes, die von Herrn Haensel beantwortet wird.

Herr Haensel weist darauf hin, dass es in den vergangenen Jahren üblich gewesen sei, sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch im Sozialausschuss, alle Geschäftsführer der Verbände zur zweiten Lesung der Jahresberichte einzuladen. Darüberhinaus sei ein Schwerpunkt gewählt worden, aus dem ein Aufgabengebiet näher vorgestellt würde.

Frau Machatschek merkt an, dass sie diesen Vorschlag auch habe machen wollen. Sie fragt Herrn Puder, ob es möglich sei, dass Mitarbeiter der wohnraumsichernden Maßnahmen diese Aufgabe übernehmen.

Herr Puder ist damit einverstanden.

Frau Machatschek fasst zusammen, dass die Geschäftsführer zur Beantwortung allgemeiner Fragen eingeladen werden sollten. Daneben sei ihr aufgefallen, dass ein Zuschuss im nächsten Jahr auslaufe. Da müsse rechtzeitig gegengesteuert werden. Deshalb fände sie es gut, wenn der Mitarbeiter der wohnraumsichernden Maßnahmen im Ausschuss für Fragen zur Verfügung stünde.

Herr Brüggemann erinnert daran, dass bei der letzten Ausschusssitzung beschlossen worden sei, dass die Arbeiterwohlfahrt eine halbe Stelle im Rahmen der Insolvenzberatung erhalte. Dies sei ohne mehr oder weniger auf Zuruf von Herrn Stüwe beschlossen worden, man habe keine Unterlagen darüber gehabt. Er fände es aufschlussreich, wenn einmal dargelegt würde, wie diese Beratung weiter in Hagen ausgebaut werden sollte und wie die halbe Stelle in Hagen wirksam würde.

Frau Machatschek macht deutlich, dass der Sozialausschuss beschlossen habe, die Stelle zum 01.06.06 zu besetzen und die erste Berichterstattung nach den Sommerferien stattfinden solle. Aufgrund zeitlicher Verzögerungen sei frühestens im November mit einem entsprechenden Bericht zu rechnen.

Herr Brüggemann erwidert, dass es üblich sei, dass ein Antragsteller darlege, wie er sich vorstelle, im sozialen politischen Bereich tätig zu werden. Dies sei ja in diesem Falle von Seiten der Arbeiterwohlfahrt nicht so geschehen.

Frau Machatschek hält dem entgegen, dass die Verwaltung beauftragt worden



sei, mit der Arbeiterwohlfahrt und dem Diakonischen Werk zu sprechen, wo diese Stelle mit der größten Effektivität angesiedelt werden könne.

Herr Stüwe bestätigt das. Auftragslage sei gewesen, mit den Trägern zu verhandeln, die diese Arbeit in Hagen bereits machten. Auch die Stadt sei als möglicher Träger in Frage gekommen. Dieses Ergebnis sei beim letzten Mal zurückgespiegelt worden.

Herr Puder berichtet, dass die Stelle derzeit ausgeschrieben sei. Mehrere Bewerbungen lägen vor. In der nächsten Woche stehe noch ein Termin mit Herrn Steuber an, in dem über die Besetzung und die Ausformulierung der Zusammenarbeit gesprochen werden solle.

Frau Machatschek hält fest, dass in der nächsten Sozialausschusssitzung im Zusammenhang mit den Berichten eine Information über das zusätzliche Angebot der Arbeiterwohlfahrt vorläge.

Auf die Frage von Herrn Kilic, ob die Beratungsstelle für die türkischen Mitbürger weiterhin bestehe, teilt Herr Puder mit, dass sich seines Erachtens hier in Hagen nichts an diesem Angebot ändern würde.

Herr Steuber weist noch auf einen Fehler in der Liste der Budgetzahlungen hin und zwar in der Spaltenspalte im Jahre 2008. Anstelle von 36.000 € müsse hier 696.000 € stehen.

## **Beschluss:**

Die Vorlage der Verwaltung wird ebenso wie die Berichte der Wohlfahrtsverbände in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

8. **XXI. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Übergangsheimen der Stadt Hagen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime vom 25. April 1986 und Bericht über die Unterbringungssituation in den Übergangsheimen der Stadt Hagen**  
Vorlage: 0385/2006

## **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.



## **Beschluss:**

1. Der XXI. Nachtrag zur Satzung über die Benutzung von Übergangsheimen der Stadt Hagen sowie über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime vom 25. April 1986 wird beschlossen.
2. Von der Gebührenkalkulation wird Kenntnis genommen.
3. Der Bericht über die Unterbringungssituation in den Übergangsheimen der Stadt Hagen wird zur Kenntnis genommen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

9. **Haushaltskonsolidierung - 5. Bericht zum Rückführungsmanagement für abgelehnte Asylbewerber**  
**Vorlage: 0451/2006**

## **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

## **Beschluss:**

1. Der Sozialausschuss nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.
2. Der nächste Bericht zur Entwicklung dieser Maßnahme ist im Frühjahr 2007 vorzulegen.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

10. **Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung**

Herr Klos bittet die Verwaltung um einen schriftlichen Bericht über den tatsächlichen baulichen Zustand der alten Revelschule in Vorhalle. Er erläutert den Hintergrund, der dieser Anfrage zugrunde liegt. Weiterhin bäte er um einen zeitnahen Bericht, weil das ehemalige Amtshaus den Besitzer wechselt.

Herr Dr. Schmidt sagt einen Bericht zu, den er bei der Gebäudewirtschaft Hagen einfordern müsse.



Bevor Frau Machatschek die Sitzung beendet, holt sie noch die Begrüßung der Herren Meier und Klos nach, die dem Sozialausschuss neu angehören.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.20 Uhr

---

Gez. Dorothee Machatschek  
Vorsitzende

---

Gez. Sabine Krause  
Schriftführerin